

Statement

Es gilt das gesprochene Wort!

Reiner Wild

Mitglied des Bundesvorstands des DMB / Beirat des Vereins
„Europeans for Affordable Housing – Für bezahlbares Wohnen in
Europa“.

Pressekonferenz zur Bürgerinitiative

„Wohnen für alle/Housing for all“

am 09. April 2019 in Berlin

Wir dürfen Europa nicht den Finanzmärkten und Wirtschaftsliberalen überlassen – stattdessen gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen stärken

Die Europäische Union steckt in der Zerreißprobe: Einerseits nimmt die Bedrohung durch die Kürzungspolitik mit der Folge wachsender Armut und dem Schleifen der Sozialsysteme in Europa zu. Andererseits erstarken nationalistische Gruppierungen im EU-Parlament, die aus ihrer Europafeindlichkeit kein Hehl machen. Keine guten Zeiten für eine Europawahl, die Begeisterung wecken soll für eine EU, die nicht nur Wirtschaftsraum, sondern vor allem Lebens- und Kulturraum sein soll. Die Europäische Union braucht dringend soziale Standards, die den Zusammenhalt festigen und Solidarität in den Mittelpunkt stellt.

Deshalb muss die EU unter Beweis stellen, dass es nicht allein um Bankenrettung geht, sondern vor allem die Arbeits- und Lebensbedingungen für über 500 Millionen Menschen auf dem Spiel stehen. Wer die EU weiterhin nur durch die ökonomische Brille sieht, fährt dieses Friedensprojekt gegen die Wand.

Die Weichen stellen für ein demokratisches Europa!

Zu einem gesellschaftlich anerkannten Unionsbürgertum ist es bislang nicht gekommen. Viele Bürgerinnen und Bürger haben sich von Europa abgewandt, weil eine einseitige ökonomische Betrachtungs- und Handlungsweise, wie z.B. die Fokussierung auf den wirtschaftlichen Wettbewerb, dem Projekt Europa nicht gerecht wird.

Gleichzeitig nimmt die Einflussnahme europäischer Entscheidungen aus Kommission und Rat auf die nationale Politik ständig zu, was gerade aber in Deutschland letztendlich ein „Spiel mit Bande“ ist, weil die Bundesregierung ganz wesentlichen Anteil an der Setzung europäischer Rahmengesetzgebung hat. Milliarden schwere Rettungsschirme für Banken, radikale Kürzungsprogramme für die Krisenländer und eine Verschärfung der Schuldenbremsen sind an den Parlamenten vorbei entschieden worden. Diese finanziell, wirtschaftlich und sozial verantwortungslose Politik wurde als „alternativlos“ an den demokratischen Strukturen vorbei durchgeboxt. Auch in Deutschland wird der Spielraum für dringend notwendige Investitionen in die Infrastruktur, die Bildung und das System der sozialen Sicherung dadurch immer mehr verengt. Diese durch die Finanzmärkte getriebenen Kürzungsstrategien werden maßgeblich von der Bundesrepublik mit Druck auf die übrigen Mitgliedsländer und die EU Kommission vorangetrieben. Diese finanziell, wirtschaftlich und sozial verantwortungslose Spirale nach unten muss dringend beendet werden.

Wir brauchen einen Politikwechsel in Europa. Wir brauchen eine Politik, die auf die Menschen ausgerichtet ist und nicht vorrangig auf die Kapitalmärkte sowie die Banken, vor allem ihre Gläubiger und Eigentümer.

Sozialabbau stoppen. Keine Einschränkungen öffentlicher Investitionen und Leistungen!

Nach dem EU-Fiskalpakt darf das gesamtstaatliche Defizit in Deutschland ab 2014 nur noch 13 Mrd. Euro betragen. Zwei Drittel davon sind bereits für die Erhöhung der Verschuldung des Bundes vorgesehen. Die Kommunen würden somit zu einer finanziellen „Vollbremsung“ ihrer so genannten freiwilligen Ausgaben gezwungen sein. Gefährdet sind vor allem die so genannten freiwilligen kommunalen Aufgaben für bürgernahe öffentliche Dienste, Kultur- und Bildungseinrichtungen. Die finanziellen Spielräume und Möglichkeiten für die dringend erforderlichen öffentlichen Investitionen und Leistungen werden weiter eingeschränkt. Besonders kritisch sind diese Kürzungsvorgaben auch für die soziale Wohnraumförderung.

Unser Ziel: Bessere finanzielle Möglichkeiten für gemeinnützige Wohnungsbauträger über einen europäischen Fonds

Sozial geschützte Wohnungsmarktsegmente und Mieterschutz sind Kernstücke des sozialen Europas. Um das Interesse an nachhaltigen und langfristigen Investitionen in den leistbaren Wohnraum zu fördern und attraktiver zu machen, soll die Europäische Investitionsbank verbesserte Bedingungen zur Finanzmittelbeschaffung geben. Damit soll erreicht werden, dass gemeinwohlorientierte Wohnungsbauträger zu verbesserten Konditionen investieren können.

Rechtliche Grundlage sind die Artikel 174 ff AEUV (wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt sowie Artikel 164 AEUV (Europäischer Sozialfonds).

Kurzzeitvermietung darf bezahlbaren Wohnraum nicht reduzieren

In vielen europäischen Städten kommt es im Zusammenhang mit dem Anstieg des Tourismus zu einer Verringerung des Angebots an preisgünstigem Wohnraum. Oft ist die Kurzzeitvermietung auf Dauer für die Anbieter lukrativer als ein langfristiges Mietverhältnis. Untersuchungen zeigen, dass mancherorts mehr Wohnungen zur Ferienzwecken angeboten werden als für normale Mietverhältnisse. Die Vermietung zu Ferienzwecken schränkt das ohnehin knappe Angebot weiter ein und trägt damit ebenfalls zu einem Mietenanstieg bei. In zahlreichen Kommunen gibt es inzwischen Regelungen zum Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum. Doch vielfach bleiben diese ein stumpfes Schwert, weil es den Internetportalen an Kooperation mit den Kommunen mangelt.

Unser Ziel: Portale von Wohnraum zu Ferienzwecken bändigen

Die EU muss die Angriffe von Portalbetreibern gegen die kommunalen Verbotsregelungen aufgrund von Wettbewerbsverstößen zurückweisen und den Rahmen für eine gerechte Besteuerung setzen.

Rechtliche Grundlage sind die Artikel 114 AEUV (Binnenmarktkompetenz), Artikel 62 und 53 (Dienstleistungsfreiheit) sowie Artikel 169 AEUV (Verbraucherschutz).